



Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 14. Mai 2013

Vorlagen-Nr. 13-F-33-0003

Open Data

- gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2013 -

Der Ausschuss möge *beschließen*:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche rechtlichen Bedingungen gegenwärtig bei der Einrichtung eines Open-Data-Portals zu beachten sind.
2. ob zu erwarten ist, dass sich die Bedingungen durch den derzeit auf Bundesebene in Beratung befindlichen, Gesetzentwurf zu E-Government möglicherweise in naher Zukunft ändern könnten.
3. welche Kosten die Einrichtung eines Open-Data-Portals für die Landeshauptstadt Wiesbaden verursachen würde.
4. ob mit zusätzlichen Kosten für eine eventuelle Anpassung an bundesrechtliche Vorgaben gerechnet werden muss, wenn der Gesetzentwurf zum E-Government realisiert wird.
5. welche Erfahrungen in anderen deutschen Städten mit Open-Data-Projekten gemacht wurden.

Beschluss Nr. 0039

1. Der Bericht des Magistrats (Dezernat I) vom 19.04.2013 und die Aufschlüsselung der Kosten werden zur Kenntnis genommen.
2. Der gem. Antrag von CDU und SPD vom 25.01.2013 hat seine Erledigung gefunden.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2013

Spallek
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .05.2013

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .05.2013

Dezernat I
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister